

# Migration: Abschrecken oder anwerben?

Europa befindet sich im Migrationsdilemma. Einerseits versucht man alles, um Migranten fernzuhalten. Andererseits fehlen **Arbeitskräfte**. „Globale Talente“ wollen aber gar nicht mehr nach Europa. Es gibt längst attraktivere Wirtschaftsräume.

VON JUDITH KOHLENBERGER

Nun also stimmten Europäisches Parlament, Kommission und Rat der Mitgliedstaaten für eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (Geas). Im politmedialen Jargon abfällig als „Asylkompromiss“ bezeichnet, ist dieses Ergebnis eines, mit dem keine der Parteien des EU-Trilogs vollumfänglich zufrieden scheint. Tatsächlich kritisierten wenige Tage nach der Parlamentsentscheidung die zuständigen Minister Italiens, Griechenlands, Zyperns, Maltas und Spaniens die Reform als „wenig ehrgeizig“ und forderten mehr Mittel für die Verhinderung von Migrationsströmen bereits in jenen Ländern, in denen sie entstehen. Die Minister schlossen sich damit der Kritik von Experten und NGOs an, die befürchten, dass die Reform grundlegende europäische Prinzipien aushöhle und internationales Recht weiter torpedieren wird, während die Hauptprobleme der EU-Asylpolitik, wie die mangelnde Rechenschaftspflicht jener Mitgliedstaaten, die sich nicht am europäischen Asylwesen beteiligen wollen, nicht angegangen werden.

All das ist ein vernichtendes Urteil für eine Reform, an der drei Jahre gearbeitet wurde, in einer Zeit der sich verändernden geopolitischen Landschaft und zunehmenden Versuchen der „hybriden Kriegsführung“ durch autokratische Machthaber, die Migranten als Spielfiguren in diplomatischen Disputen einsetzen. Dabei wäre in kaum einem anderen Politikbereich eine gemeinsame europäische Antwort so zentral wie in der Migrations- und Asylpolitik.

## Europas Migrationsdilemma

Neben den Unwägbarkeiten, die sich mit Blick auf die Umsetzung der Geas-Reform auf tun, scheint Europa in einem Policy-Dilemma gefangen zu sein, navigiert es doch zwischen zwei Migrationsextremen. Einerseits scheint die EU alles zu tun, um Migranten fernzuhalten. Grenzbefestigungen, Mauern und Zäune mit Drohnenüberwachung und Wärmesensoren, Abschreckungsstrategien durch Auslagerung von Flüchtlingen an Drittstaaten oder die Kriminalisierung von Seenotrettung durch NGOs,



Funktioniert die Förderung der „erwünschten“ qualifizierten Migration ohne Willkommenskultur? APA/AFP/Sameer Al-Doumy

wie auch die Geas-Reform selbst, signalisieren Schließungstendenzen und die Bereitschaft zur Abschottung. Die EU schließt ihre Grenzen, sowohl im wörtlichen als auch im übertragenen Sinn, weil sie „zu attraktiv“ ist (Stichwort Pull-Faktor).

Andererseits steht Europa in einem immer stärkeren Wettbewerb mit anderen Regionen der Welt und muss erkennen, dass es, entgegen landläufiger Meinung, nicht (mehr) zu den attraktivsten Destinationen für ausländische Arbeitskräfte zählt.

## ZUR PERSON

**Judith Kohlenberger** wurde 1986 in Eisenstadt geboren. Sie ist stv. Vorsitzende der Schumpeter-Gesellschaft Wien. Die Migrationsforscherin lehrt an der Wirtschaftsuniversität Wien, Universität Wien und FH Wien. Kohlenberger ist Vorstandsmitglied der Menschenrechtsorganisation SOS Mitmensch. Ihr Buch „Gegen die neue Härte“ erscheint im Juni bei DTV.

Tatsächlich schaffte es 2023 nur ein EU-Land, nämlich Schweden, unter die Top fünf der attraktivsten Länder für hoch qualifizierte Fachkräfte. Wie die jüngsten OECD-Talentindikatoren nahelegen, ist die schwindende Attraktivität Europas für „globale Talente“ ein Spiegelbild vergangener migrationspolitischer Reformen. Dies führt zu einem paradoxen Diskurs über Migration, der zwischen zwei gleichermaßen unrealistischen Narrativen schwankt: „Alle wollen nach Europa“ (und wir müssen sie davon abhalten) vs. „niemand will nach Europa“ (und wir müssen alles tun, um sie anzuwerben).

## Es fehlen Lkw-Fahrer

Eine Unterscheidung zwischen „richtigen“ und „falschen“ Migranten greift zu kurz, denn es sind nicht Akademiker, Juristen und Biochemiker, die die EU-Arbeitsmärkte benötigen. Am größten ist der Mangel an Arbeitskräften in den mittleren und niedrig qualifizierten Berufen, wie der Kommissar für die Förderung des euro-

päischen Lebensstils, Margaritis Schinas, erklärte: „Die Wahrheit ist, dass Europa eher Lkw-Fahrer als Raketenwissenschaftler braucht.“ Diese Lkw-Fahrer sitzen derzeit in ihren Herkunftsländern fest, wo sie keine Möglichkeit zur legalen Arbeitsmigration haben – oder sie ertrinken im Mittelmeer.

Zudem zeigen Studien, dass ein direkter Zusammenhang zwischen der Asylpolitik eines Landes und seiner Attraktivität für ausländische Arbeitskräfte besteht. Ein anhaltender Anti-Migrationsdiskurs und eine restriktive Politik gegenüber Flüchtlingen wirken sich auch auf die Migrationsabsichten hoch qualifizierter Migranten aus, wie Studien aus den USA zeigen. Als der frühere US-Präsident Donald Trump seinen berühmten „Muslim ban“ einführte, der die Einwanderung aus islamischen Ländern stark einschränkte, waren auch gut ausgebildete und wohlhabende Expats aus Industrieländern, auf die die amerikanische Wirtschaft seit jeher

angewiesen ist, weniger an einer Auswanderung in die USA interessiert. Die Förderung der „erwünschten“ qualifizierten Migration funktioniert also nur in Verbindung mit einer generellen Willkommenskultur.

## Quo vadis, Migrationspolitik?

Schon jetzt kündigten mehrere Mitgliedstaaten, darunter Ungarn, Polen und die neue niederländische Rechtsregierung unter Geert Wilders, an, sich nicht an den neuen Asylregeln beteiligen zu wollen. Besonders pikant ist das angesichts der Tatsache, dass mit der ungarischen Ratspräsidentschaft ab Juli ein Land mit der Umsetzung der Reform betraut sein wird, das sich seit Jahren erfolgreich gegen jegliche Beteiligung an Europas Asylverantwortung wehrt. Mehrere EuGH-Urteile kommen zu dem Schluss, dass die ungarischen Asylregeln gegen EU-Recht verstoßen. Die Umsetzung der nach zähem Ringen erzielten Reform und die Einhaltung der neuen, verbindlichen Regeln durch alle Mitgliedstaaten bleiben also fraglich.

Gleichzeitig stellt die Vereinbarung der notwendigen Attrahierung von ausländischen Arbeitskräften mit dem Wunsch, irreguläre Migration zu reduzieren und Rückführungen zu fördern, eine der größten Herausforderungen für die Mitgliedstaaten dar. Mit der rapide alternden Bevölkerung und den sinkenden Geburtenraten kann es sich die EU nicht länger leisten, widersprüchliche Signale an Drittstaatenangehörige aller Qualifikationsstufen zu senden. Die Entwicklung einer gemeinsamen Antwort auf Arbeitsmigration und humanitäre Migration ist unerlässlich, wenn Zusammenhalt, Wohlstand und Lebensqualität in Europa erhalten werden sollen.

Die Schumpeter-Seite entsteht in Kooperation mit der Schumpeter Gesellschaft. Die von Gastautorinnen und -autoren verfassten Beiträge müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

Schumpeter Gesellschaft Wien

# Warum die Rechtsparteien gewinnen werden

**Analyse.** Die große Unsicherheit der Menschen führt zum Erstarken der Rechtsparteien. Diese verschweigen, wie viel Europa erreicht hat. Nicht Populismus löst die Probleme, sondern „disruptive Innovation“ im Sinn Joseph Schumpeters. Überlegungen zu den bevorstehenden EU-Wahlen.

VON KARL AIGINGER

Warum gewinnen Rechtsparteien? Nach den Umfragen wegen der großen Unsicherheit der Menschen. Es ändert sich so viel auf einmal. Krieg in der Ukraine und im Nahen Osten. Es gibt keine dominierende Weltmacht mehr, die USA konnte die Rolle nicht übernehmen. Das autoritäre China ist auf dem Weg nach oben. Der Klimawandel ist spürbar. Und es gibt eine Zersplitterung der Diskussion durch soziale Medien. Jede und jeder kann sich ihr oder sein Weltbild dort bestätigen lassen.

Gibt es Programme? Die Rechtsparteien – damit sind radikale Fraktionen gemeint wie EKR (Europäische Konservative und Reformier) und ID (Identität und Demokratie) auf europäischer Ebene, weil sie alte Verhältnisse und nationale Entscheidungen wiederbringen sollen – versprechen weniger „Europawahnsinn“, mehr Patriotismus. Bei der ganz rechten Fraktion der ID sind die

FPÖ und die AFD dabei, bei der gemäßigten EKR die italienische Fratelli d'Italia und die polnische PIS.

Dabei verschweigen die Rechtsparteien, wie viel Europa erreicht hat. Es gibt Frieden in der EU, in einem zerstrittenen Kontinent. Hier gab es vor fünfzig Jahren noch Bomben in Südtirol, zweisprachige Ortsschilder in Kärnten wurden heruntergerissen, der Eiserner Vorhang verhinderte Migration. Europa hat dafür den Friedensnobelpreis bekommen. Konfliktlösungen am Westbalkan sind mühsam und langsam, aber Völkermord gibt es auch nicht mehr. Länder und Provinzen mit geringem Einkommen haben aufgeholt, das Burgenland hat durch unsere EU-Mitgliedschaft viel investieren können.

Es gibt wieder Krieg in Europa durch die Aggression Russlands in der Ukraine. Auch ein zweiter Krieg ist nicht weit weg, weil Israel sein Gebiet durch Siedlungen ausdehnt und die Hamas den Konflikt für Terror ausnutzt. Da könnte Europa als Ver-

mittler auftreten, wenn es selbst einig wäre. Beide Kriege werden nicht durch einfache Lösungen zu beenden sein, nur durch komplizierte Verhandlungen, Kompromisse und Geld für den Wiederaufbau („Marshallplan“).

## Diktator in Amerika

Und was macht Amerika? Der „Economist“ überlegt, ob die Wiege der Demokratie von einem Diktator eingenommen werden kann. Natürlich nicht von außen, sondern von einem Präsidenten, der alle Ausnahme-rechte nutzt, die ihm die Verfassung gibt. Es dürfe zu viele Gegenkräfte gegen einen Diktator in den USA geben, aber man soll Populismus nicht unterschätzen. Dazu zählen auch Zölle von 100 Prozent auf chinesische Elektroautos, die ohnehin kaum importiert werden und eigentlich positiv für die USA wären, weil sie billig sind und dem Trend zu großen SUVs gegensteuern würden. Und was macht China? Es versucht leichte Gebietserweiterungen durch

Grenzverschiebungen im Meer und Flüge in der Nähe von Taiwan; heute soll wahrscheinlich nur gezeigt werden, dass China anders sein könnte. Fehlende Rohstoffe werden durch Investitionen in ärmere Staaten beschafft, mit Verschuldung derselben bei „privaten“ chinesischen Banken. Damit bleibt ihre Höhe unbekannt, und das erhöht langfristig den Druck, den China ausüben kann. Das gilt auch für den Hafen von Piräus in Griechenland.

Was kann Europa machen? Innovationen, hier liegen wir hinter unseren Plänen seit Jahrzehnten zurück. Innovationen müssen heute auch dem Klimawandel, der verbleibenden Armut und der Vererbung von Bildungschancen entgegenwirken. Sie sollen radikal und gesellschaftsverändernd sein. Das bedarf einer starken Beteiligung der Bevölkerung und der Parteien. Alle müssen mit ihren Nachbarn sprechen, den nahen und den fernen im Nahen Osten und Afrika. Migration darf nicht verhindert werden, wir

brauchen sie, weil unsere Gesellschaft sonst altert und Pflege, aber auch Tourismus leidet – wie sich an Japan zeigt, das vor dreißig Jahren Technologieführer war, heute vergreist ist und keine Chancen gegen China hat. Dieses hat durch Ein-Kind-Politik allerdings auch eine schrumpfende Bevölkerung. Wer gegen Migration ist, soll überlegen, wie seine Eltern gepflegt werden sollen und wohin er oder sie auf Urlaub fährt.

Nicht Populismus löst unsere Probleme, er ermöglicht auch kein angenehmes Leben und Frieden. Wir brauchen „disruptive Innovationen“, wie Joseph Schumpeter geschrieben hat, das sind solche, die nicht auf alten Pfaden kleine Schritte weitergehen, sondern neue Wege beschreiten. Wenn wir etwas Neues wollen, müssen wir Partner finden, mit denen wir diese durchziehen. Das sollten wir bei der EU-Wahl bedenken.

**Karl Aiginger** ist Direktor der Europa-Plattform Wien-Brüssel, lehrt an der WU Wien. Er leitete das Wifo.